

Ein kommunaler Ausweg aus der Krise!

von Frank Kuschel

Jetzt, wo die Krise da ist, wird viel über mögliche Auswege diskutiert. Umstritten ist dabei u. a., in welchem Umfang und mit welcher Zielstellung die Kommunen einen unmittelbaren oder mittelbaren Beitrag zur Krisenbewältigung leisten können und wollen. Ich bin mir sicher, dass ohne ein deutliches kommunales Engagement eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuorientierung, die unzweifelhaft notwendig ist, kaum denkbar ist.

Die Krisenbewältigungskonzepte hierfür sind so verschieden wie die Bewertung der Krisenursachen. Geht es nach der FDP, bleibt alles so, wie es war, nur ein paar Verwerfungen sollen geglättet werden. Die CDU will stärkere Marktregeln und etwas mehr Kontrolle. Sie hält aber ansonsten an der Theorie der Selbstheilungskräfte des Marktes fest. Die SPD will zurück zur sozialen Marktwirtschaft. Dies wollen auch die Grünen, wenn auch mit einer etwas ausgeprägteren ökologischen Komponente. DIE LINKE als Partei fordert einen stärkeren Staat, die Verstaatlichung der Banken, der Unternehmen der Versorgungswirtschaft und Daseinsvorsorge bei Einbeziehung der Beschäftigten sowie die Stärkung der Binnennachfrage. Andere linke Parteien wollen den Kapitalismus lieber eher als später überwinden.

Auch wenn diese Bewertung sehr grob und oberflächlich ist, vermittelt sie doch ein Gefühl zur Bandbreite der Diskussion.

Menschen wollen durchaus gesellschaftliche Visionen vermittelt bekommen und darüber diskutieren. Andererseits haben die Menschen aber auch Ängste vor den Alltagsproblemen und fordern hier zeitnahe Lösungen ein.

Die Forderungen der LINKEN im Zusammenhang mit der aktuellen Wirtschaftskrise sind gar nicht so neu und sensationell, haben aber jetzt wieder eine hohe Aktualität und es gibt ein günstiges gesellschaftliches Klima für Diskussionen zu Alternativen zum Kapitalismus.

So wird gefordert, die immer ungleicher werdende Einkommensverteilung in der Gesellschaft umzukehren und in der Folge die Kaufkraft und Binnennachfrage zu stärken. Hierzu werden die flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen, höhere Lohnabschlüsse, steigende Renten und andere Sozialleistungen vorgeschlagen. Zudem wird die Schrumpfung und strenge staatliche Kontrolle des Finanzsektors erwogen. Schließlich geht es den LINKEN um eine stärkere Rolle des Staates im Wirtschaftsbereich, die Beendigung der Privatisierung und deren Umkehrung und schließlich die Verstaatlichung und Vergesellschaftung des Finanzsektors sowie weiterer Schlüsselbereiche und Bereiche der Daseinsvorsorge.

Gerade im Zusammenhang mit der Diskussion über die Verstaatlichung stellt sich eine Vielzahl von Fragen, auf die DIE LINKE Antworten geben müsse. So gibt es berechtigte Bedenken, ob durch eine Verstaatlichung tatsächlich die Wirtschaftsordnung so verändert wird, dass Krisensituationen wie sie zur Zeit allgegenwärtig zu verspüren sind, verhindert werden können. Auch kann bezweifelt werden, ob durch eine Verstaatlichung ein höheres Maß an notwendiger Wirtschaftsdemokratie, ein anderes Verhältnis zwischen den Beschäftigten und den Eigentümern (der Unternehmensleitung) bzw. ein anderes Verhältnis zwischen Produzenten und Konsumenten erzielt wird. Zudem stellt sich die Frage, ob durch eine Verstaatlichung das Problem der Anonymisierung des Kapitals (erschwerter Zuordnung von Kapital zu Personen) löst.

Unbestritten erschweren auch geschichtliche Erfahrungen eine Ziel führende Verstaatlichungsdiskussion.

Nach meiner Überzeugung sollte DIE LINKE ihr Konzept zur Stärkung des öffentlichen Wirtschaftssektors als eine Antwort auf die Wirtschaftskrise stärker als bisher in der öffentlichen Diskussion thematisieren. Im Mittelpunkt dieses Konzeptes stehen dabei die Sparkassen, die Stadtwerke und die kommunalen Unternehmen sowie der gesamte genossenschaftliche Bereich. Durch die Stärkung des kommunalen Bereichs wird das Wirtschaftssystem insgesamt beeinflusst. Die Tarif- und Mitbestimmungsregelungen aus dem kommunalen Sektor werden an den anderen Wirtschaftsbereichen nicht spurlos vorübergehen.

Notwendig ist für eine veränderte Wirtschaftsordnung, ein anderes Verhältnis der Bürger zu den Kommunen und ihrer Unternehmen. Ebenso muss sich das Verhältnis zwischen Produzent und Konsument verändern.

Auch müssen die Beteiligungs- und Entscheidungsmöglichkeiten der Bürger an wirtschaftlichen Prozessen erweitert werden. Dies alles ist am ehesten im kommunalen Wirtschaftsbereich realisierbar.

In diesem Zusammenhang muss auch ernsthaft über die Rekommunalisierung einstmals privatisierter Bereiche diskutiert werden. In Thüringen könnte dabei der Einstieg darin bestehen, die privaten Gesellschafteranteile aus den Stadtwerken wieder in kommunales Eigentum zu verwandeln. Dies würde die Stadtwerke stärken und unabhängiger machen. Denkbar wäre auch die Rücküberführung der Energie- und Gasnetze ins Eigentum der Städte und Gemeinden. Dabei müssen insbesondere Finanzierungsfragen geklärt werden, weil die jetzigen privaten Eigentümer Entschädigungsansprüche haben. Der Streitpunkt ist nur, in welcher Höhe solche Entschädigungen zu zahlen wären. In dieser Hinsicht muss DIE LINKE ihre Konzepte weiter schärfen und für deren Akzeptanz um Mehrheiten ringen.

Erfurt, 22. Mai 2009